

Heinrich-W. Krumwiede

Die chilenische Regimetransformation im Rückblick

Der demokratischen Opposition in Chile gelang es mit friedlichen Mitteln, das autoritäre Regime zu überwinden. Sie schlug das Regime nach seinen eigenen Spielregeln, indem sie das in der Pinochet-Verfassung vorgesehene Plebiszit über seinen Verbleib an der Macht gewann. Der Prozess gegen Pinochet hat daran erinnert, mit welch weitgehenden Kompromissen diese friedliche Rückkehr zur Demokratie erkaufte wurde. So war die Opposition nicht nur bereit, die Selbstamnestierung der Militärs zu akzeptieren (*Informe* 1991). Sie nahm auch eine Verfassung in Kauf, die ihre Handlungsmöglichkeiten erheblich einschränkte und nicht nur dem Militär, sondern auch Parteien und Institutionen, die das Regime unterstützt hatten, größere Einflussmöglichkeiten sicherte.

Die Frage drängt sich auf, ob es zu dieser Art der politischen Regimetransformation eine realistische Alternative gab. Zu untersuchen ist ferner, warum diese Strategie erfolgreich war, obwohl sie – was inzwischen weitgehend in Vergessenheit geraten ist – gravierende Risiken beinhaltete. Zu fragen ist auch, inwieweit diese Art der Regimetransformation die Konsolidierungschancen der Demokratie negativ oder positiv beeinflusst hat. Zunächst wird der Prozess der Regimetransformation beschrieben und auf Kosten und Risiken der gewählten Strategie eingegangen.

1. Die Regimetransformation: Art, Risiken und Kosten

1.1 Art

Das Plebiszit vom 5. Oktober 1988 über den Verbleib von Pinochet im Präsidentenamt war das entscheidende Ereignis im Prozess der chilenischen Regimetransformation. Es bedeutete den Durchbruch zur Ablösung des seit 1973 herrschenden autoritären Regimes und zur Wiederherstellung der Demokratie. Bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung von 97% der Eingeschriebenen und 90% der Wahlberechtigten sprachen sich 54,7% gegen Pinochet aus, 43% für ihn (Huneeus 1990: 5). Die Präsidentschaftswahlen vom 14. Dezember 1989 bestätigten die im Plebiszit zum Ausdruck gekommene

politische Kräfteverteilung. Der Kandidat der demokratischen Opposition, Patricio Aylwin Azócar, zog 55% der Stimmen auf sich, auf die beiden Kandidaten, die dem autoritären Regime nahe standen, entfielen zusammen 44% (Hernán Büchi Buc: 29%, Francisco J. Erázuriz: 15%) (Hofmeister 1995: 229). Am gleichen Tag wurden auch die Kongresswahlen abgehalten. Die in der *Concertación de Partidos para la Democracia* zusammengeschlossenen wichtigsten demokratischen Oppositionsparteien vereinigten bei den Senats- und Kammerwahlen mehr als die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich. Am 11. März 1990 trat Aylwin sein Präsidentschaftsamt an. Damit gingen gut 16 Jahre autoritärer Regierung zu Ende (der Militärputsch hatte am 11. September 1973 stattgefunden). Das traditionell demokratische Chile (Valenzuela 1989; Hirsch-Weber 1982) war wieder zur Demokratie, allerdings einer Demokratie neuen Typs, zurückgekehrt.

Wenn man versucht, die Art der chilenischen Regimetransformation in gängige Klassifikationen (Merkel 1999: 129ff.) einzuordnen, stößt man auf einige Probleme. So hat es sich eindeutig nicht um eine "von unten erzwungene Transition" gehandelt, auch wenn die oppositionelle Mobilisierung von Massen gegen das Regime die Transformationsbereitschaft innerhalb der Regimeelite verstärkt haben dürfte. Angesichts des Scheiterns der Regimeelite an dem Ziel, das Regime in Richtung auf eine von ihr dominierte "geschützte Demokratie" umzugestalten, ist die Klassifikation als "von den alten Regimeeliten gelenkte Transition" sehr fragwürdig. Und wenn auch Verhandlungen zwischen Regime- und Oppositionseliten phasenweise eine gewisse Bedeutung erlangt haben, rechtfertigt sich die Klassifizierung als "ausgehandelter Systemwechsel" nicht.¹

Die demokratische Opposition Chiles hatte sich bis zum Plebiszit mit keinem ihrer Transformationsprojekte durchsetzen können, so auch nicht mit der zuletzt (1987) erhobenen Forderung nach Abhaltung freier Präsidentschaftswahlen. Die Regimeelite beharrte vielmehr auf dem von der Verfassung vorgeschriebenen Fahrplan für eine Regimemodifikation, die die Abhaltung eines Plebiszits über die weitere Präsidentschaft Pinochets (für eine Acht-Jahres-Periode) vorsah. Aber neben externem Druck (USA², Westeu-

¹ Es ist deshalb wohl kein Zufall, dass Merkel (1999) die chilenische Regimetransformation auf unterschiedlichen Seiten seines Buches unterschiedlich klassifiziert: als "ausgehandelter Systemwechsel" (132) und als "von den alten Regimeeliten gelenkte Transition" (135).

² Zu den Wandlungen in der Haltung der USA gegenüber dem Pinochet-Regime vgl. Falcoff (1986; 1987); Kaufman-Purcell (1988); Munoz (1986).

ropa) ist es wohl auch internem Druck zuzuschreiben, dass das Plebiszit in seiner Durchführung den demokratischen Kriterien für einen freien und fairen Wahlakt entsprach (Rückkehr der Exilanten, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Nichtbehinderung des Wahlkampfes der Opposition, Zugang der Opposition zum Fernsehen, exakte Auszählung, Kontrollmöglichkeiten des Abstimmungs- und Auszählungsvorgangs).³ Man sollte aber auch bedenken, dass die Durchführung eines demokratisch überzeugenden Plebiszits im – wohlverstandenen – (Eigen-)Interesse der Regimeelite lag. Denn ein Sieg Pinochets – zumindest er und seine engsten Anhänger rechneten damit – hätte nur unter diesen Voraussetzungen intern und extern Legitimität für sich beanspruchen und ungeteilte Anerkennung finden können.⁴

1.2 Risiken

Man muss sich in die Situation der Jahre 1987 und 1988 zurückversetzen, um sich zu verdeutlichen, in welchem hohem Maße die Transformationsstrategie der Opposition mit Risiken behaftet war, es sich um ein riskantes Spiel mit einem außerordentlich hohen Einsatz handelte.

Damals war durchaus vorstellbar und nicht unplausibel, dass Pinochet und seine engere Gefolgschaft einen Sieg der Opposition im Plebiszit weder zulassen noch anerkennen würden. Die Kommunistische Partei, die dies annahm, lehnte eine Teilnahme am Plebiszit deshalb auch lange ab und rief ihre Mitglieder und Sympathisanten erst kurz vor dem Plebiszit zur Teilnahme auf – und dies auch nur aus „Solidarität“ mit der übrigen Opposition. Die Furcht vor einer Nichtanerkennung des Sieges der Opposition durch das Regime war aber wohl wenig gerechtfertigt. Denn es war unwahrscheinlich, dass die Mehrheit der Militärs gegen die Verfassung verstoßen würden, die sie selbst erlassen hatten. Ein solches Vorgehen widersprach ihrer legalistischen Einstellung, hätte national wie international einen gravierenden Pres-

³ Puryear (1994: 29f.) sieht ein Urteil des Verfassungsgerichtes vom September 1985 als entscheidend an (es fiel mit der knappen Mehrheit von vier zu drei Richtern). Danach mussten schon bei der Abhaltung des Plebiszits die in der Verfassung von 1980 vorgesehenen Garantien für die künftigen Wahlen zur Anwendung kommen. „The result was a plebiscite scenario almost certainly different from the one the military government originally had in mind” (130).

⁴ Bei einem Sieg Pinochets musste mit dem Betrugsvorwurf gerechnet werden (vgl. z.B. Kaufman-Purcell 1988). Valenzuela (1988: 29) stellte etwa vor den Wahlen fest: „If the yes vote wins, it would mean either that the election was fraudulent, or that the Chilean people were afraid of the unknown and decided that they were actually benefiting economically from Pinochet’s rule.”

tigeverlust impliziert und einen Vorwand für gewaltsame Umsturzversuche geliefert.⁵

Um sich vor Augen führen zu können, worum es wirklich ging, stelle man sich vor, Pinochet hätte die Wahlen gewonnen. Die demokratische Opposition hätte sich in diesem Falle dem Vorwurf ausgesetzt, nicht nur einem autoritären Regime mit demokratischer Fassade, sondern – nachträglich – dem Putsch und dem Putschregime sowie seinem Protagonisten Pinochet Legitimität verliehen und der Demokratie einen Bärenienst geleistet zu haben.

Tatsächlich erschien es damals als durchaus möglich und war keineswegs völlig unwahrscheinlich, dass Pinochet die Mehrheit der Stimmen im Plebiszit erhalten würde. Zwar wiesen Umfragen von Meinungsforschungsinstituten, die der Opposition nahe standen, darauf hin, dass nur eine Minderheit der Bevölkerung Pinochet unterstützte und die Mehrheit die Rückkehr zur Demokratie wünschte (Huneeus 1987; 1990: 11, 15; Krumwiede/Nolte 1988: 178ff.), und wohl nur eingefleischte Pinochetistas glaubten den von der Regierung in Auftrag gegebenen Umfragen, die einen grandiosen Wahlsieg von Pinochet prognostizierten. Nach der auf Umfragen beruhenden Prognose des zwar im rechten politischen Lager angesiedelten, aber durchaus seriösen *Centro de Estudios Públicos* (CEP) vom Juni 1988, also weniger als drei Monate vor dem Plebiszit, war ein annähernder Gleichstand der Ja-Stimmen (49%) und der Nein-Stimmen (51%) im Plebiszit zu erwarten (Méndez et al. 1989: 89). Mit anderen Worten: Ein Sieg Pinochets lag damals noch durchaus im Bereich des Möglichen.⁶ Für die Korrektheit dieser CEP-Prognose vom Juni spricht, dass der CEP später auf Grund einer neuen Umfrage vom September, also kurz vor dem Plebiszit, einen klaren Sieg der

⁵ Wie sich in der Wahlnacht zeigte, sollten Versuche, das Plebiszitergebnis zu missachten oder zu manipulieren, innerhalb des Militärs und der Rechtsparteien mehrheitlich auf Ablehnung stoßen. Insbesondere die Oberkommandierenden der Luftwaffe und der Polizei sowie die Führer der Rechtspartei *Renovación Nacional* trugen zu einer Respektierung der Plebiszitergebnisse durch die Regimeelite bei, indem sie den Sieg der Nein-Stimmen im Fernsehen anerkannten.

⁶ Valenzuela (1988: 41) veranschlagte im Frühjahr 1988 die Wahrscheinlichkeit, dass Pinochet gewinnen würde, auf immerhin 40%. Er wies dabei darauf hin (53, Fußnote 21), dass nach der letzten ihm bekannten Umfrage (Umfrage des *Centro de Estudios de la Realidad Contemporánea* (CERC) vom April) zwar 44,1% mit Nein und 26,1% mit Ja stimmen wollten, aber mehr als 30% eine Antwort auf die Frage nach der Abstimmungsabsicht verweigerte. Das Institut für Europäisch-Lateinamerikanische Beziehungen (IRELA 1986: 10) äußerte im September 1986 die Ansicht: "The complexity and the very seriousness of the Chilean situation makes it impossible to make predictions of its development in the next year or month."

Nein-Stimmen (58%) über die Ja-Stimmen (40,5%), der das tatsächliche Ergebnis übertraf, prognostizierte. Ganz offensichtlich kam es also innerhalb von drei Monaten zu einem Meinungsumschwung innerhalb der Bevölkerung.

Pinochet hätte aber u.U. selbst dann gewinnen können, wenn er nur von einer Minderheit der Bevölkerung unterstützt worden wäre. Denn er benötigte lediglich die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, und zur Stimmabgabe war nur derjenige berechtigt, der sich in das Wahlregister hatte eintragen lassen. Für die Opposition war es deshalb von ausschlaggebender Bedeutung, eine hohe Einschreibungsquote zu erreichen.⁷ Wäre es nicht gelungen, den linken Flügel der Sozialistischen Partei, den *PS-Almeyda*, für die Einschreibung zu gewinnen, der wie andere Linksparteien der Strategie, über Wahlen eine politische Transformation zu erreichen, zunächst sehr skeptisch gegenüberstand, hätte Pinochet das Plebiszit wahrscheinlich gewonnen. Und es ist nicht auszuschließen, dass erst die kurz vor dem Plebiszit getroffene Entscheidung der Kommunistischen Partei zur Einschreibung in das Wahlregister und zur Teilnahme am Plebiszit aufzurufen, den Sieg der Opposition sicherstellte. Nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass es der Opposition nicht gelang, sich auf einen Gegenkandidaten zu Pinochet zu einigen. Eine derartige Einigung auf einen gemeinsamen Gegenkandidaten wurde aber von einigen Strategen der Opposition als unabdingbare Voraussetzung für einen Sieg betrachtet.⁸

1.3 Kosten

Die Plebiszitstrategie erforderte, dass die demokratische Opposition die Legalität der vom Pinochet-Regime erlassenen Verfassung von 1980 anerkannte. Es war nicht zu erwarten, dass die Militärs nach einer Niederlage Pinochets im Plebiszit bereit sein würden, der Opposition weit entgegenzukommen und die Verfassung grundlegend umzugestalten. Tatsächlich fiel die Reform der Verfassung, auf die sich die noch regierende autoritäre Regimeelite und die demokratische Opposition nach dem Plebiszit einigten und die am 30. Juli 1989 von 85,7% der Wähler in einem Plebiszit gebilligt wurde (Hofmeister 1995: 225f.), eher bescheiden aus. So entzog sie u.a. dem Präsi-

⁷ Dies sollte ihr gelingen, wie die hohe Einschreibquote von 90% (der Wahlberechtigten) deutlich macht.

⁸ So Boeninger (1986) in einem Brief an die Parteifreunde. Auch ausländische Experten für politische Transformationen, so der spanische Politologe Paramino, hielten dies für sehr wichtig (Briones 1987: 43).

den das Recht, das Parlament aufzulösen, schuf die Voraussetzungen dafür, dass die Kommunistische Partei wieder zugelassen werden konnte und erhöhte die Zahl der zu wählenden Senatoren im Verhältnis zu jenen, für die eine Ernennung vorgesehen war. Erhalten blieb aber der Grundcharakter dieser Verfassung, die, wie Manuel Antonio Garretón (1989: 208) es treffend formuliert hat, von "autoritären Enklaven" durchsetzt ist.

Noch verhältnismäßig harmlos war die Verfassungsbestimmung, nach der Pinochet für circa ein weiteres Jahr Präsident blieb, falls er das Plebiszit verlieren sollte. Es war damit zu rechnen, dass er die Zeit nutzen würde, um Fakten zu schaffen, die die neue Regierung vorerst nicht ändern konnte. Die Verfassungsbestimmungen, die im Folgenden referiert werden, sind aufeinander bezogen und dienen dem Ziel, die Handlungsspielräume demokratischer Wahlsieger einzuschränken und die Fortdauer von Elementen des autoritären Regimes zu sichern. Besonders gravierend ist die Bestimmung, dass von 47 Senatoren nur 38 durch Wahl bestimmt, die restlichen neun aber ernannt werden (Art. 45 der Verfassung), wobei die Oberbefehlshaber der Streitkräfte und der Polizei eine wichtige Rolle spielen. Das Pinochet-Regime hinterließ auf diese Weise der neu errichteten Demokratie für acht Jahre (Amtszeit der Senatoren) neun von ihm ernannte Senatoren, die auf jeden Fall verhindern würden, dass die *Concertación*-Parteien die – in vielen Fällen erforderliche – qualifizierte Mehrheit erreichen würden. Tatsächlich verfehlten die *Concertación*-Parteien bei den Wahlen von 1989 (so war es auch bei den nachfolgenden) wegen dieser Bestimmung die absolute Mehrheit der Sitze im Senat, obwohl sie mit 22 der 38 durch Wahl zu erlangenden Sitze nahezu 60% dieser Sitze gewannen, während die beiden Rechtsparteien *Renovación Nacional* und UDI, die Pinochet im Plebiszit unterstützt hatten, mit 16 Sitzen nur auf gut 40% der durch Wahl bestimmten Sitze kamen. Da Gesetze der Zustimmung beider Häuser des Parlaments, also nicht nur der Abgeordnetenkammer, sondern auch des Senates bedürfen, wird durch Artikel 45 sichergestellt, dass nicht gegen die Rechte regiert werden kann, sondern um ihre Unterstützung geworben werden muss. Die Zustimmung eines Teil der Rechten ist vor allem deshalb unerlässlich, weil die Verfassung für alle auch nur einigermaßen wichtigen Materien – sie sind in den *leyes orgánicas* geregelt – die Zustimmung durch eine 60%-Mehrheit beider Häuser vorschreibt.

Man muss diese Verfassungsvorschriften in Zusammenhang mit den Wahlrechtsbestimmungen sehen. Das kuriose chilenische Zwei-Kandidaten-Mehrheitswahlssystem trägt vor allem Sorge dafür, dass die bei den Wahlen

zweitstärkste Liste – konkret also die Rechtsparteien – gut mit Parlamentssitzen versehen wird. So ist es theoretisch möglich – die Praxis sieht allerdings wegen der Unterschiede zwischen den Wahlkreisen anders aus –, dass der zweitstärksten Liste 33,4% der Stimmen genügen, um die gleiche Anzahl von Mandaten zu erreichen, wie die Liste, die 66% der Stimmen erhält (Ensignia 1990: 26). Denn nach diesem System benötigt die siegreiche Liste, um nicht nur einen, sondern die beiden pro Wahlkreis vorgesehenen Parlamentarier entsenden zu können, doppelt so viele Stimmen wie die zweitstärkste Liste. Falls die siegreiche Liste weniger als die doppelte Stimmenzahl erreicht, fällt das zweite Wahlkreismandat an die zweitstärkste Liste, und zwar auch dann, wenn der führende Kandidat der zweitstärksten Liste weniger Stimmen bekommt als der Zweite der siegreichen Liste. Wegen dieser Bestimmung erlangte bei den Wahlen von 1989 nicht Ricardo Lagos, der gegenwärtige Präsident, ein Senatorenmandat, sondern der Kandidat der Rechtsparteien (*Liste Democracia y Progreso*), obwohl dieser weniger Stimmen erhalten hatte als Lagos.⁹

Die Verfassung sorgte dafür, dass die Junta-Mitglieder nicht von der neuen Regierung kaltgestellt werden konnten, sondern weiter wichtige Machtpositionen behielten. So konnten die Junta-Mitglieder für weitere acht Jahre (also bis 1998) nicht von ihren Posten als Oberbefehlshaber der Teilstreitkräfte und der Polizei enthoben werden. Unter diese Regelung fiel auch Pinochet, der als Präsident Oberbefehlshaber des Heeres blieb. Als Ex-Präsident war er zudem Senator auf Lebenszeit.

Auch der Justiz war in der Verfassung die Funktion zugeordnet, demokratische Veränderungswünsche zu beschneiden. So müssen alle Verfassungsänderungen, bevor sie verkündet werden können, auch vom Verfassungsgericht gebilligt werden. Chiles neue Demokratie wurde aber mit einem Verfassungsgericht konfrontiert, dessen Mitglieder alle unter dem Pinochet-Regime ernannt worden waren und während ihrer – noch mehrere Jahre dauernden – Amtszeit nicht abgelöst werden durften. Das Gleiche galt im Wesentlichen für den Obersten Gerichtshof (*Corte Suprema de Justicia*), der ausschlaggebenden Einfluss auf die Ernennung seiner Mitglieder und die des Verfassungsrechts sowie untergeordneter Gerichte hat.

Pinochet nutzte die Zeit, die ihm nach dem verlorenen Plebiszit noch als Präsident blieb, um den künftigen Handlungsspielraum der *Concertación*-

⁹ Wenn nach diesem Wahlrecht in Großbritannien gewählt worden wäre, hätte es keinen Erdrutschsieg der *Labour Party* gegeben und die Konservative Partei und die Liberale Partei hätten wesentlich mehr Mandate erhalten.

Regierung weiter einzuschränken. So wurden amtierende Verfassungsrichter mit finanziellen Anreizen zur Frühpensionierung verlockt, um neue regime-loyale Verfassungsrichter mit langer Amtszeit (acht Jahre) ernennen zu können. Im Staatssektor erhielten viele Bedienstete das Privileg der Nichtkündbarkeit (Linz/Stepan 1996: 210). Fast alle Bürgermeister wurden noch 1989 für eine Amtszeit von vier Jahren ernannt (Hofmeister 1995: 237). In zahlreichen *leyes orgánicas* wurden Regelungen festgeschrieben, die *de facto* nicht gegen den Willen der Rechtsparteien verändert werden konnten. Das wichtigste dieser *leyes orgánicas*, das der Plebiszitverlierer Pinochet – zwölf Tage, bevor Aylwin das Präsidentenamt antrat – unterzeichnete, war zweifelsohne das Militärgesetz, das die von der Verfassung vorgezeichnete Tendenz, die zivile Kontrolle über das Militär einzuschränken, wesentlich verstärkte.¹⁰ So beseitigte es das Recht des Präsidenten, Offiziere zwangspensionieren zu können (mit Hilfe dieses Rechtes hätte Aylwin das Offizierskorps von Menschenrechtsverletzern “säubern” können). Außerdem wurde das Recht zur Ernennung zum Oberstleutnant – es handelt sich dabei um eine kritische Karriereposition – zur exklusiven Prärogative der Oberbefehlshaber erklärt. Angesichts dieser Sachlage dürfte es gerechtfertigt sein, wenn Linz/Stepan (1996: 210) von einer *disloyal transition* sprechen.

2. Gab es zu dieser Art von Transformation eine Alternative?

Innerhalb der demokratischen Opposition war die Plebiszitstrategie alles andere als die präferierte Transformationsstrategie.¹¹ Dies galt nicht nur für die radikale, sondern auch für die programmatisch gemäßigte Opposition. Die Plebiszitstrategie setzte sich erst durch, nachdem alle anderen Transformationsstrategien erprobt und sich als unwirksam erwiesen hatten. Erst zu Beginn des Jahres 1988, also knapp ein dreiviertel Jahr vor dem Plebiszit, einigten sich alle Oppositionsparteien, auch die radikallinken (allerdings mit Ausnahme der Kommunistischen Partei, die erst später folgte), auf die Plebiszitstrategie. Im Jahr zuvor hatte sich noch die gesamte Opposition, im Oktober 1987 auch die Kommunistische Partei, darauf festgelegt, eine Transformation über freie Wahlen (d.h. Präsidentschaftswahlen mit mehr-

¹⁰ Vgl. Linz/Stepan (1996: 208f.). Nolte (1990: 31) berichtet, dass die Aylwin-Regierung bei der Stellenbesetzung nur über eine Minderheit der politischen Führungspositionen frei verfügen konnte.

¹¹ So wurde Aylwin, als er 1984 vorschlug, die Anerkennung der Verfassung von 1980 zur Basis der oppositionellen Transformationsstrategie zu machen, “enorm” innerhalb seiner eigenen Partei und von der Opposition im allgemeinen kritisiert (Puryear 1994: 79f.).

ren Kandidaten) anzustreben. Die Kampagne zur Einschreibung in die Wahlregister wurde mit dieser Zielsetzung betrieben. Das Regime bestand aber auf Abhaltung des Plebiszits. Vor 1987 hatten im Oppositionslager Varianten einer *ruptura*-Strategie (Regimesturzstrategie) (Krumwiede/Nolte 1988: 14ff.) dominiert. Bei dieser Strategie wurde angenommen, dass es möglich sei, die Regimeelite durch eine massive politische Mobilisierung der Bevölkerung, die ihren Ausdruck in Streiks und Massendemonstrationen findet und einen Zustand der Unregierbarkeit schafft, zur Kapitulation, zur Machtabdankung zu veranlassen. Man glaubte also, man könne das Militär gewissermaßen von der Macht "wegdemonstrieren". Vor allem im Linksbündnis MDP (später *Izquierda Unida*) orientierte man sich an dieser strategischen Position und war notfalls auch bereit, Gewalt zu tolerieren, wenn sie zur Erreichung der *ruptura* notwendig sei. Innerhalb der in der *Alianza Democrática* vereinten gemäßigten Opposition wurde der Realismus dieser Konzeption zwar verschiedentlich in Zweifel gezogen, sie war aber auch hier noch 1986 dominant. Oppositionelle Illusionen wurden vor allem durch Anfangserfolge bei der Antiregimemobilisierung geweckt, nachdem das Regime wegen einer schweren ökonomischen Krise in eine Schwächephase geraten war. Vom 11. Mai 1983 bis zum Oktober 1984 kam es zu elf "Protesttagen", an denen sich zwar jeweils viele Tausende beteiligten, die aber weit davon entfernt waren, einen Zustand der Unregierbarkeit herzustellen. Angesichts der massiven Beteiligung der Bevölkerung am zweiten Protesttag (14. Juli 1983) entschloss sich die Regierung zu einem Dialog mit der Opposition und war bereit, Liberalisierungsmaßnahmen einzuleiten. Naturgemäß hatte sie aber kein Interesse an Kapitulationsverhandlungen, wie sie die Opposition von ihr verlangte. Die Verhandlungen des damaligen Innenministers Jarpa mit der Opposition mündeten deshalb schnell in eine Sackgasse. Mit Ausrufung des Belagerungszustandes im November 1984 endete die klassische Periode der Protesttage. Der Belagerungszustand wurde im Juli 1985 aufgehoben und im September 1986, nach einem Attentatsversuch einer mit der Kommunistischen Partei verbündeten Guerilla-Gruppe, erneut verhängt. Die "Protesttage", zu denen die Opposition in dieser Zwischenperiode aufrief, litten unter dem gleichen Dilemma, wie die von 1983/1984. Im Folgenden sollen die Hauptgründe genannt werden, warum es keine realistische Alternative zur Plebiszitstrategie gab:

- Das Pinochet-Regime war kein sozial isoliertes Regime, das nur von den Unternehmern, der Oberschicht und verbohrtten Rechten unterstützt wurde (Angell 1986: 23). Zwar hatte das Regime wichtige Unterstützungs-

gruppen aus der Mittelschicht verloren, so etwa die Ärzte, Anwälte, Ingenieure (Krumwiede/Nolte 1988: 105ff.). Auch die Katholische Kirche befand sich in offener Opposition zum Regime, vor allem wegen dessen Verstöße gegen Menschenrechte (Smith 1982). Gleichwohl erhielt das Regime, wie nicht zuletzt das Plebiszitergebnis von immerhin 43%¹² deutlich machte, bis in die Unterschichten hinein breite Unterstützung. Nach der CEP-Umfrage vom Juni 1988 war der Rückhalt des Regimes bei der Unterschicht nicht geringer als der der Opposition (39% für Ja, 38% für Nein) (Méndez 1989: 91), während bei der Mittelschicht die Nein-Stimmen (Verhältnis Nein- zu Ja-Stimmen 43% zu 35%) und bei der Oberschicht die Ja-Stimmen (Verhältnis Ja- zu Nein-Stimmen 44% zu 37%) eindeutig dominierten.¹³ Erst kurz vor dem Plebiszit war es der Opposition gelungen, die Mehrheit der Unterschichten für sich zu gewinnen (Verhältnis Nein- zu Ja-Stimmen 55% zu 28%) und ihren Vorsprung bei den Mittelschichten auszubauen (Verhältnis Nein- zu Ja-Stimmen 51% zu 34%), während die Oberschicht weiterhin mehrheitlich Pinochet unterstützte, aber immerhin zu über einem Drittel für die Opposition stimmen wollte (Verhältnis Ja- zu Nein-Stimmen 47% zu 36%).

- Im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Militärdiktaturen, die auf dem Feld der Wirtschaftspolitik versagten und den demokratischen Regierungen Volkswirtschaften im Krisenzustand hinterließen, zeichnete sich die chilenische Diktatur durch recht große ökonomische Effizienz aus. Es stand wohl im Zusammenhang mit der radikalen Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik (neoliberale ökonomische Strukturreformen), dass das Land nach einer anfänglichen Boomphase gegen Ende der siebziger Jahre 1982/83 in eine schwere Wirtschaftskrise geriet. Aber nach einigen wirtschaftspolitischen Korrekturmaßnahmen verzeichnete das Sozialprodukt seit 1984 wieder beachtliche Zuwächse bei einer insgesamt niedrigen Inflationsrate (Krumwiede/Nolte 1988: 146). Wie wichtig der Faktor sozioökonomische Effizienz für die politische Zustimmung ist, wurde u.a. daran deutlich, dass die Opposition erst mit der Wirtschaftskrise von

¹² Margaret Thatcher hat nie mehr Prozentpunkte bei Wahlen erreicht.

¹³ Es ist zu vermuten, dass der CEP bei dieser Kategorisierung von einem sehr breiten Mittelschichtbegriff ausgegangen ist, der auch Sozialgruppen umfasste, die normalerweise der Unterschicht zugerechnet werden, dass zur Unterschicht nur die alleruntersten Einkommensbezieher gezählt wurden und unter die Kategorie "Oberschicht" auch Mittelschichtgruppen subsumiert wurden. Diese Vermutung drängt sich auf, wenn man liest, wie der CEP in neuen Umfragen Schichtzugehörigkeit bestimmt (Lehmann/Hinzpeter 2001: 4).

1982/1983 – also fast ein Jahrzehnt nach dem Putsch – wieder an Bedeutung gewonnen hatte.

- Wahrscheinlich war das Regime auch deshalb relativ populär, weil es ein Kontrastprogramm zur Regierungszeit der *Unidad Popular* unter Allende (1970-1973) bot, die einer Mehrheit der Chilenen als eine Zeit des politischen und wirtschaftlichen Chaos in Erinnerung war. Der Wahlkampflogan von Pinochet “Ich oder das Chaos” stieß deshalb auf einige Resonanz.
- Die *ruptura*-Strategie hatte auch deshalb kaum Aussicht auf Erfolg, weil radikale Aktionen, die zur Herstellung eines Zustandes von “Unregierbarkeit” notwendig sind, von der Bevölkerungsmehrheit abgelehnt wurden (Krumwiede/Nolte 1988: 170). Laut Umfragen sprach sich die Mehrheit der Bevölkerung selbst gegen nicht sonderlich radikale Aktionen wie Fabrikbesetzungen aus. Sogar bei “etablierten” Oppositionsaktivitäten wie politischen Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen war die Zahl der Gegner etwa gleich hoch wie die der Befürworter.
- Die Mehrheit der Chilenen wollte zwar zur Demokratie zurückkehren, nicht aber zu Verhältnissen, wie sie unter Allende herrschten (Nohlen 1986; Nohlen/Wachendörfer 1976). Der Plan zur Modifikation des Regimes, wie er in der Verfassung von 1980 vorgesehen war, entsprach dieser Stimmungslage. So wurde die Bevölkerung vom Regime nicht mit der Alternative autoritäres Regime *versus* Demokratie, sondern der Alternative “geschützte Demokratie” *versus* “chaotische Demokratie” konfrontiert. Die Transformationsbegehren der Opposition konnten also auch mit Hinweis auf das in der Verfassung fixierte Projekt der Regimemodifikation abgelehnt werden.
- Das chilenische Militärregime war nicht nur effizienter als die anderen südamerikanischen Militärregimes, es wies auch ein hohes Maß an Geschlossenheit auf. Anders als etwa das brasilianische Militärregime, wo sich das Militär alle vier Jahre auf einen neuen Präsidenten einigen mussten und dieses präsidentielle “Nachfolgerproblem” regelmäßig zu Fraktionierungen innerhalb des Militärs führte, handelte es sich in Chile um ein personalistisches, streng hierarchisch gegliedertes, geschlossenes System, in dem die Offiziere Pinochet in gehorsamer Loyalität verbunden waren und sich durch eine Art pervertierten Professionalismus (*profesionalismo desvirtuado*) (Arriagada 1985: 96) auszeichneten. Die Opposition konnte deshalb innerhalb des Militärs keinen Koalitionspartner

für eine Transformationsstrategie finden, die nicht im Einklang mit der Verfassung stand (Valenzuela/Valenzuela 1986; Friedmann 1990).

Bei den Kongresswahlen von 1989 erlitt die radikale Linke, die sich unter Einschluss der Kommunistischen Partei im Bündnis PAIS (*Partido Amplio de Izquierda Socialista*) zusammengetan hatte, eine katastrophale Niederlage. Sie bekam nur ca. 5% der Stimmen, ging damit im Senat leer aus, während in der Abgeordnetenkammer auf sie lediglich zwei von insgesamt 120 Mandate entfielen. 1973 hatte die Kommunistische Partei allein 14% der Stimmen erreicht (Fernández-Baeza/Nohlen 1992: 83). Der Vorsitzende des PAIS, Luis Maira, stellte in einem Interview selbstkritisch fest, dass die radikale Linke von der Wählerschaft bestraft worden sei, weil sie zu lange an der Regimesturzstrategie festgehalten und sich zu spät der Plebiszitstrategie angeschlossen habe.

3. Wie und warum die Plebiszitstrategie erfolgreich war

Die Plebiszitstrategie konnte nur Erfolg haben, weil die wichtigsten Parteien, allen voran die Christdemokratische Partei und die Sozialistische Partei, sich als fähig zeigten, aus früheren Fehlern zu lernen und Orientierungs- und Verhaltensweisen zu vermeiden, die zum Zusammenbruch der Demokratie in Chile geführt und die Etablierung des recht langlebigen autoritären Militärregimes ermöglicht hatten.

Die Christdemokratische Partei hatte endgültig von dem früher verfolgten Ziel eines "eigenen Weges" Abstand genommen, das sie krampfhaft nach der absoluten Mehrheit suchten und dauerhafte Bündnisse ablehnen ließ. Sie wusste, dass sie nur als Koalitionspartei reüssieren konnte und Hegemonialansprüche zurückstellen musste (Hofmeister 1995: 232f.).¹⁴

Spektakulärer noch war der Wandlungsprozess der Sozialistischen Partei. Während der Allende-Zeit hatte sie sich noch links von der Kommunistischen Partei positioniert und im Gefolge der kubanischen Revolution auch die gewaltsame Machteroberung für legitim erklärt (Fernández-Baeza/Noh-

¹⁴ Für die Wahlen von 1989 dürfte entscheidend gewesen sein, dass der Vorstand der Christdemokratischen Partei sich am 15. März 1989 für einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten, ein gemeinsames Wahlprogramm und eine gemeinsame Liste für die Wahlen der Opposition aussprach und Aylwin sich im Gegensatz zu früher dafür einsetzte, dabei auch den linken Flügel der Sozialistischen Partei, den *PS-Almeyda*, einzubeziehen. Hiermit waren Differenzen in der Bündnisstrategie endgültig beigelegt. Das von Aylwin früher favorisierte kleine Bündnis zentristisch orientierter Parteien hätte gewiss nicht ein derart gutes Wahlergebnis erzielt.

len 1992: 82f.). Unter der Pinochet-Diktatur begannen sozialdemokratische Orientierungen in der Partei Platz zu greifen (Nuñez 1991), die ihren organisatorischen Ausdruck in der so genannten "PS-Nuñez" fanden, der ausdrücklich für einen "erneuerten Sozialismus" und ein gemeinsames Bündnis mit der Christdemokratischen Partei eintrat. Diese Orientierungen dominierten auch in dem von den Sozialisten gegründeten PPD (*Partido por la Democracia*), der ursprünglich lediglich als "instrumentelle Partei" (für den verbotenen PS) bei der Wiedergewinnung der Demokratie fungieren sollte, aber als mit dem PS liierte linksliberale Partei bis heute bestehen geblieben ist. Erwähnung verdient, dass eine programmatische Umorientierung der Sozialistischen Partei auf sozialdemokratische Positionen nicht zuletzt von ehemals betont radikalen Sozialisten wie Altamirano gefördert wurde. Mit der Entscheidung für die Plebiszitstrategie (Frühjahr 1988) und die Bündnisstrategie mit den Christdemokraten (Frühjahr 1989) trennte sich auch die linke Fraktion der Sozialistischen Partei, der *PS-Almeyda*, von der radikalen Vergangenheit der Partei und ihrer traditionellen Präferenz für ein Bündnis mit der Kommunistischen Partei. Damit waren die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung der Sozialistischen Partei, die 1989 stattfand, geschaffen. Die Abkehr von einer Bündnispolitik mit der Kommunistischen Partei bot sich für den PS auch deshalb an, weil die KP sich – ganz im Gegensatz zu ihrem "staatsmännischen" Verhalten in der *Unidad Popular*-Periode – während der Militärdiktatur radikalisiert hatte, Gewalt als Mittel der Machteroberung nicht ausschloss und über eine bewaffnete Formation, den *Frente Patriótico Manuel Rodríguez* (FPMR), verfügte.

Wenn man an die Geschichte der Rivalität und ausgesprochenen Feindschaft zwischen Christdemokraten und Sozialisten zurückdenkt, ist deren Bündnis- und Kompromissbereitschaft wirklich bemerkenswert. Besondere Erwähnung verdient, dass sie bei den Wahlen von 1989 und auch den späteren Wahlen bereit und fähig gewesen sind, sich nicht nur auf ein gemeinsames Regierungsprogramm, sondern einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten und gemeinsame Listen für die Kongresswahlen zu einigen.¹⁵

¹⁵ Für Beobachter der Oppositionsszene unter Pinochet war es frustrierend zu sehen, wie schwer sich die Oppositionsparteien dabei taten, Differenzen beizulegen und wie – für diese Beobachter quälend – langsam der Einigungsprozess verlief. So hieß es in einem Ende 1986 von Loveman (1986-87: 31) verfassten Artikel: "This inability of the opposition to resolve the differences (historical, personal, and ideological) which divide them from one another (not to mention the internal cleavages in most groups as well) has left the military itself as the pivotal arbiter of the government's fate. Lacking viable civilian allies, however, opponents of General Pinochet within the armed forces are understand-

Für den Erfolg des Nein im Plebiszit war auch der exzellente Wahlkampf verantwortlich. Man hat sich zu verdeutlichen, dass er wie die gesamte Plebiszitstrategie auf einer differenzierten und umfassenden Analyse der Wirklichkeit und der Erfolgchancen unterschiedlicher Handlungsstrategien beruhte. An dieser Analyse und an ihrer planerischen Umsetzung in konkrete Handlungsstrategien waren chilenische Sozialwissenschaftler maßgeblich beteiligt. Es stellte ein *blessing in disguise* dar, dass viele kritische chilenische Sozialwissenschaftler, weil sie nicht (mehr) an der Universität arbeiten konnten, gezwungen waren, in privaten, von ausländischen Institutionen und Stiftungen unterstützten Forschungsinstituten zu "überwintern". Hier betrieben sie vorwiegend politikrelevante Forschung und lernten hierfür nützliche Verfahren wie die Umfrageforschung kennen. Puryear (1994: 161), der den Beitrag der chilenischen Intellektuellen zur Transformation eingehend untersucht hat, dürfte recht haben, wenn er feststellt: "Intellectuals played a more important role in Chile's transition to democracy than they have in any transition in recent Latin American history."

Die chilenische Transformation ist diejenige, zu der die meisten Umfragedaten existieren (Lagos 1995: 161) und bei der die Umfrageforschung eine besondere Rolle spielte. So machten die Umfragen der Opposition einerseits Mut, indem sie zeigten, dass die Mehrheit der Chilenen die Rückkehr zur Demokratie wünschte und nur eine Minderheit Pinochet fest unterstützte. Andererseits zerstörten sie, weil sie die Abneigung der überwiegenden Mehrheit gegen unkonventionelle politische Aktionen demonstrierten, die Illusion, die Bevölkerung werde sich für eine *ruptura*-Strategie gewinnen lassen. Die Mehrheit schien einen "ordentlichen Wandel", der keine größeren Konflikte mit sich bringen würde, zu bevorzugen. Aus den Umfragen ließen sich auch wichtige Schlüsse für den Wahlkampf ziehen. So galt es vor allem der verbreiteten Befürchtung entgegenzutreten, die Oppositionspartei-

ably hesitant to take steps to end the General's reign. What had been unthinkable in 1980, that General Pinochet would not only complete his constitutional term but would be the armed forces candidate for president for 1989-1997, had come to be viewed as a plausible scenario by many Chileans by the end of 1986 – with the opposition openly discouraged and the country still governed under a 'state of emergency'." Neier/Brown (1987: 49) berichteten im Juni 1987: "Some in Chile and elsewhere argue that the country is not ready for democratic government because its many political parties are unable to agree among themselves, and unable to unite behind a leader. This was the view of an editorial in The New York Times on April 4, which pointed out that Chile lacks a leader comparable to Raúl Alfonsín or Corazon Aquino; that is, a principled leader who both embodies commitment to democratic government and commands widespread popular support."

en hätten sich nicht wirklich verändert und mit ihrem Rückkehr an die Macht drohe der Rückfall ins Chaos. Den Umfragen konnte man auch entnehmen, dass sich nur mit zentristischen, d.h. gemäßigten programmatischen Positionen, die den Status quo (z.B. in der Wirtschaftspolitik) nicht grundsätzlich verwarfen, sondern bei einer Beibehaltung erfolgreicher Politik graduelle Verbesserungen in Aussicht stellten, Wahlen gewinnen lassen würden.

Bemerkenswert ist auch, dass das Lager des Gegners in differenzierter Weise analysiert wurde und man den Fehler vermied, es als geschlossenen, monolithischen Block darzustellen. Gerade weil Chile "Nachzügler" im Prozess der (Re-)Demokratisierung war, konnten andere Fälle als "Lernexempel" dienen. So wusste man aus anderen Fällen der (Re-)Demokratisierung, wie dem spanischen, dass die Transformation autoritärer Regime häufig durch eine informelle Koalition der gemäßigten Kräfte der Opposition und des Regimelagers zustande kam. Es war deshalb sinnvoll, nach möglichen Bündnispartnern für ein Transformationsprojekt im Regimelager Ausschau zu halten und alles zu unterlassen, was diese potentiellen Bündnispartner verprellen könnte. Diese Zielsetzung kam schon klar in dem "Nationalen Übereinkommen zum Übergang zur vollen Demokratie" zum Ausdruck, auf das sich die gemäßigte Opposition im Sommer 1985 auf Initiative des Kardinals Juan Francisco Fresno geeinigt hatte.

Anders als in Spanien bildete sich im chilenischen Regimelager keine Fraktion der *blandos* (Gemäßigten) heraus, die bereit war, offen mit dem autoritären Regime zu brechen und sich mit der gemäßigten Opposition auf den Übergang zu einer authentischen Demokratie zu einigen. Aber dass das Plebiszitergebnis und in seinem Gefolge die Rückkehr Chiles zur Demokratie im Regimelager ohne nennenswerten Widerstand akzeptiert wurde, ist mit darauf zurückzuführen, dass die Opposition bemüht war, nicht gegen die Interessen potentieller *blandos* zu verstoßen.¹⁶

¹⁶ Der Aufsatz von Edgardo Boeninger (1986), einem der Architekten der Oppositionsstrategie, zeigt, welche große Bedeutung die Berücksichtigung der Interessen potentieller *blandos* einnahm. Da die Strategie der Opposition darauf hinauslief, einerseits durch soziale und politische Mobilisierung das Regime in Bedrängnis zu bringen, andererseits den *blandos* "Wohlverhalten" zu signalisieren und sich als seriöse, berechenbare Herrschaftsalternative zu präsentieren (vgl. dazu auch Blakemore 1985: 58), dürfte es gerechtfertigt sein, von einer *reforma*-Strategie zu sprechen. Zu den Charakteristiken dieser Strategie siehe Krumwiede/Nolte (1988: 21). Die idealtypische Unterscheidung von *ruptura*- und *reforma*-Strategie geht zurück auf O'Donnell (1982). In einem Interview im März 1995 betonte das ehemalige Junta-Mitglied General Matthei, dass die Anerkennung der Verfassung von 1980, für die sich Aylwin bereits 1984 aussprach, der entscheidende

Der CEP-Umfrage vom September 1988 lässt sich entnehmen, dass die Nein-Stimmen nicht nur mit dem Wunsch zu erklären waren, ein autoritäres Regime, welches die Menschen- und Freiheitsrechte missachtete, durch eine Demokratie zu ersetzen. Vielmehr scheinen ökonomische Motive (Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation und der Wirtschaftspolitik – ganz als wenn es sich um normale Wahlen gehandelt hätte), in einem beträchtlichen Maße die Stimmabgabe bestimmt zu haben (Méndez 1989: 96f.; Lehmann/Hinzpeter 2001).

Von großer Bedeutung war der Wahlkampf. In ihm wandelte sich die Perzeption der ökonomischen Leistungsfähigkeit von (Regime-)Regierung und (demokratischer) Opposition grundlegend. Während noch im Juni 1988 das Vertrauen in die ökonomische Kompetenz der Regierung höher war als das in die der Opposition, wurde der Opposition drei Monate später eine eindeutig größere Wirtschaftskompetenz zuerkannt (Méndez 1989: 94). Überhaupt war der Wahlkampf der Opposition außerordentlich effektiv. Als richtig erwies sich die Entscheidung, einen Wahlkampf mit positiven *messages* zu führen, der weniger auf Defekte des Regimes als auf eine gute Zukunft hinwies (so hieß der Hauptslogan „la alegría ya viene“). Wie eine Mission des *Freedom House* in einem Bericht feststellte, entsprach es einer „taktischen Entscheidung“ der Wahlkampfleitung der Opposition „not to overstress human rights as a campaign issue“ (*Freedom House* 1988: 31). Es gelang der Opposition, den notwendigen Erfolgsglauben zu vermitteln, so dass die Zahl derjenigen, die annahmen, das Plebiszitergebnis werde ohnehin vom Regime manipuliert werden, abnahm. Einiges spricht dafür, dass insbesondere die Öffnung des Fernsehens für die Opposition einige Wochen vor dem Plebiszit – sie erhielt eine bestimmte Zeit für Werbespots – besonders wichtig war (Méndez 1989: 115).

Die Opposition profitierte zudem von den Fehlern und Schwächen des Regimes, so seinem in falscher Siegeszuversicht konzipierten schlechten Wahlkampf, seiner internationalen Isolierung und allgemein der Tatsache, dass das Regime den politischen Mobilisierungsraum nicht mit eigenen Organisationen gefüllt hatte und sich der Opposition somit wichtige Entfaltungsmöglichkeiten boten. Es sollte sich jetzt rächen, dass es keine eigentliche Regimepartei gab. Die Rechtsparteien waren zwar eng mit dem Regime verbunden und unterstützten Pinochet im Plebiszit, achteten aber auf ihre Unabhängigkeit. Auch im Interessengruppenbereich dominierte die Opposi-

Schritt gewesen sei, der den *duros* (*hardliner*), die gegen jegliche Öffnung des politischen Systems für die Opposition waren, die Argumentationsbasis entzogen habe.

tion. Dort unterstützten schließlich nur noch die Unternehmerverbände eindeutig Pinochet. Zugleich signalisierten sie aber, dass sie zum Arrangement mit der demokratischen Opposition bereit waren. Die Opposition hatte sich nicht nur in den internen Wahlen der Gewerkschaften und Studentenverbände, sondern auch in denen typisch mittelständiger Kammern, wie der der Rechtsanwälte, durchgesetzt. Zum Teil wurde die Kampagne der Opposition für das Nein im Plebiszit sogar von den gleichen Mittelschichtorganisationen befürwortet, die den Putsch von 1973 aktiv unterstützt hatten.

4. Die Implikationen der Regimetransformation für die Konsolidierungschancen der Demokratie

Wenn man fragt, inwieweit die Art der Transformation in Chile die Konsolidierungschancen der Demokratie beeinflusst hat, dürfte es wenig sinnvoll sein, als Beurteilungsmaßstab ausschließlich das normativ-theoretisch Wünschbare heranzuziehen. Vielmehr muss auch die spezifische politische Situation des Landes samt ihrer weniger schönen Aspekte berücksichtigt werden.¹⁷ Zwei dieser unschönen Aspekte seien erwähnt. Zum einen darf man nicht verdrängen, dass Pinochet immerhin 43% der Stimmen im Plebiszit erhalten hat. Nur ein Teil dieser 43% dürfte dem genuin autoritären Lager zuzurechnen gewesen sein. Die Mehrheit der 43% bestand vermutlich aus jenen, die bei einem Sieg der Opposition das Wiederaufleben chaotischer Zustände, wie unter der Allende-Regierung, befürchteten und in der "geschützten Demokratie" Pinochets so etwas wie das "kleinere Übel" sahen. Der hohe Stimmenanteil für Pinochet erklärt sich aber auch mit der Tatsache, dass die politische Rechte in Chile traditionell recht stark war – so erhielt Allende bei den Präsidentschaftswahlen von 1970 nur wenig Stimmen mehr als der Kandidat der Rechtsparteien Allesandri – und, wie gerade die letzten Wahlen zeigten, stark geblieben ist. Zum anderen sollte man, wenn man über den Zusammenhang von der Art des Überganges zur Demokratie und ihren Konsolidierungschancen nachdenkt, nicht vergessen, dass die alte chilenische Demokratie nicht zuletzt deshalb zusammenbrach, weil die (parti-)politischen Eliten sich im ideologischen Dogmatismus verrannten, zu-

¹⁷ Für eine kontextspezifische Analyseweise plädiert insbesondere Nohlen, der sich mit den Grenzen des *political engineering* beschäftigt und eine abstrakt-idealtypische Herangehensweise z.B. an die Problematik Parlamentarismus *versus* Präsidialismus in Lateinamerika kritisiert. Vgl. auch Merkel (1999: 59) zu kontextgebundenen Strategien und institutionellen Empfehlungen.

nehmend in Freund-Feind-Kategorien dachten und für die Koalitionsbildung notwendige Kompromisse ablehnten (Nohlen 1973).

Aus einer normativ-demokratischen Perspektive stellen die "autoritären Enklaven" und die Bevorzugung des rechten politischen Lagers durch Verfassung und Wahlrecht ein Ärgernis dar. Wenn man sich bemüht, kann man aber auch ein *blessing in disguise* ausmachen. Denn unstrittig fördert der von Verfassung und Wahlrecht vorgeschriebene institutionelle Rahmen der neuen Demokratie nicht nur die Koalitions- und Kompromissbereitschaft innerhalb des neuen politischen Regierungs-Lagers der *Concertación* (zwischen Christdemokraten und Sozialisten, die sich in der Endphase der alten Demokratie feindlich gegenüberstanden), sondern auch die Kompromissbereitschaft zwischen diesem neuen politischen Lager und dem rechten, und vermittelt somit Anreize zur Ausbildung demokratischer Tugenden, die zum Erhalt der Demokratie nötig sind. Vielleicht hat ja der institutionelle Schutz der politischen Rechten vor Majorisierungen dazu beigetragen, sie besser und schneller in das demokratische System zu integrieren, als es ansonsten möglich gewesen wäre (O'Donnell/Schmitter 1986: 62f.). Die Verfassung vermittelt ihrerseits auch der Rechten Anreize, Kompromissbereitschaft an den Tag zu legen. Legt sie sich zu einseitig auf negative Veto-Positionen fest, so gerät sie schnell in den Ruch des "ewigen Neinsagers", der ein effektives Regieren verhindert. Tatsächlich weist die neue chilenische Demokratie in ihrer ersten neuen Phase starke konkordanzdemokratische Elemente auf, die m.E. eine günstige Voraussetzung für die Konsolidierung der demokratischen Staatsform schaffen und die Basis für eine spätere Betonung wettbewerbsdemokratischer Elemente darstellen.¹⁸

¹⁸ Nach Lijphardt (1999) schneidet diese Demokratieform ja gegenüber Konkurrenzdemokratien gar nicht so schlecht ab. Zu einer Kritik an den konkordanzdemokratischen Elementen der chilenischen Demokratie vgl. Imbusch (1995: 137f.); Messner-Scholz (1998: 38f.).

Literaturverzeichnis

- Angell, Alan (1986): "Why is the Transition to Democracy Proving so Difficult in Chile?". In: *Bulletin of Latin American Research*, Bd. 5, Nr. 1, S. 25-40.
- Arriagada H., Genaro (1985): *La Política militar de Pinochet*. Santiago de Chile.
- Blakemore, Harold (1985): "Back to the Barracks: The Chilean Case". In: *Third World Quarterly*, Bd. 7, Nr. 1, S. 44-62.
- Boeninger, Edgardo (1986): Brief vom 13. Oktober (vervielfältigt) an: Presidente, Directiva Nacional, Consejo Nacional, Presidentes de Frentes Nacionales, Presidentes Provinciales del Partido Demócrata Cristiano. Santiago de Chile.
- (1987): "The Chilean Road to Democracy". In: *Foreign Affairs*, Bd. 64, Nr. 4, S. 812-848.
- Briones, Alvaro (1987): "Flisfisch y Paramino conversan sobre la transición". In: *Cauce*, 13. April 1987, S. 42-43.
- Ensignia L. Jering, Jaime (1990): "Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 14. Dezember 1989". In: *Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation* 15, S. 17-29.
- Falcoff, Mark (1986): "Chile. U.S. Policy Dilemma". In: *Foreign Affairs*, S. 833-848.
- (1987): "Chile: Pinochet, the Opposition, and the United States". In: *World Affairs*, Bd. 149, Nr. 4, S. 183-194.
- Fernández-Baeza, Mario/Nohlen, Dieter (1992): "Chile". In: Waldmann, Peter/Krumwiede, Heinrich-W. (Hrsg.): *Politisches Lexikon Lateinamerika*. München, S. 74-88.
- Freedom House (1988): *A Mission to Chile (Freedom House Special Report)*. New York.
- Friedmann, Reinhard (1990): *Chile unter Pinochet. Das autoritäre Experiment (1973-1990)*. Freiburg i.Br.
- Garretón, Manuel Antonio (1989): *The Chilean Political Process*. Boston.
- Hirsch-Weber, Wolfgang (Hrsg.) (1982): "Chile. Legenden und Wirklichkeit". In: *Ibero-Amerikanisches Archiv N.F.*, Bd. 8, Nr. 1/2.
- Hofmeister, Wilhelm (1995): *Chile: Option für die Demokratie. Die Christlich-Demokratische Partei (PDC) und die politische Entwicklung in Chile 1964-1994*. Paderborn.
- Huneus M., Carlos (1985): "La política de la apertura y sus implicancias para la inauguración de la democracia en Chile". In: *Revista de Ciencia Política*, Bd. 7, Nr. 1, S. 25-84.
- (1987): *Los chilenos y la política*. Santiago de Chile.
- (1990): "Ein Schlüsselereignis für den Übergang zur Demokratie: Die Niederlage General Pinochets im Plebiszit vom 5. Oktober 1988". In: *Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation* 15, S. 5-16.
- Imbusch, Peter (1995): *Unternehmer und Politik in Chile*. Frankfurt/Main.
- Informe de la Comisión Nacional de Verdad y Reconciliación* (1991), Santiago de Chile.
- IRELA (Instituto de Relaciones Europeo Latinoamericanas) (1986): *The Struggle for Democracy in Chile – Prospects and Options*. Dossier No. 6, Madrid.
- Kaufman-Purcell, Susan (1988): "Chile: The Limits of U.S. Leverage". In: Falcoff, Mark/Valenzuela, Arturo/Kaufman-Purcell, Susan: *Chile: Prospects for Democracy*. New York, S. 56-73.

- Krumwiede, Heinrich-W./Nolte, Detlef (1988): *Chile: Auf dem Rückweg zur Demokratie?* Baden-Baden.
- Lagos, Marta (1995): "Cultura política y transición a la democracia en Chile". In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Democracia y neocrítica en América Latina*. Frankfurt/Main, S. 160-191.
- Lehmann, Carla/Hinzpeter, Ximena (2001): "Nos estamos derechizando?". In: *Puntos de Referencia*, Nr. 240.
- Lijphart, Arend (1999): *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven/London.
- Linz, Juan J./Stepan, Alfred (1996): *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*. Baltimore/London.
- Loveman, Brian (1986-87): "Military Dictatorship and Political Opposition in Chile, 1973-86". In: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, Bd. 28, Nr. 4, S. 1-38.
- "Luis Maira, presidente del partido PAIS" (*Análisis*, 7.1.1990) (1990), abgedruckt als Dokument 14 in: *Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation*, Nr. 15, S. 91-93.
- Méndez, Roberto et al. (1989): "Por qué ganó el No? (Mesa redonda)". In: *Estudios Públicos*, Nr. 33, S. 83-134.
- Merkel, Wolfgang (1999): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Opladen.
- Munoz, Heraldo (1986): *Las relaciones exteriores del gobierno militar chileno*. Santiago de Chile.
- Neier, Aryeh/Brown, Cynthia (1987): "Pinochet's Way". In: *New York Review of Books*, Nr. 11, 25. Juni, S. 47-49.
- Nohlen, Dieter (1973): *Chile. Das sozialistische Experiment*. Hamburg.
- (1986): "Militärregime und Redemokratisierung in Lateinamerika". In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 9/86, S. 3-16.
- Nohlen, Dieter/Wachendörfer, Achim (1976): "Was wird aus Chile? Die wirtschaftliche, soziale und politische Situation unter der Militärdiktatur heute". In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Bd. 18/76, S. 3-29.
- Nolte, Detlef (1989): "Menschenrechte und politischer Wandel in Chile". In: *Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation* 11/12, S. 33-45.
- (1990): "Chancen und Risiken der demokratischen Konsolidierung in Chile: Ausblick nach den ersten 100 Tagen der Präsidentschaft von Patricio Aylwin". In: *Lateinamerika. Analysen, Daten, Dokumentation* 15, S. 31-46.
- Núñez, Ricardo (Hrsg.) (1991): *Socialismo: 10 años de renovación*. 2 Bde., Santiago de Chile.
- Messner, Dirk/Scholz, Imme (1998): "Wirtschaftliche Entwicklungsdynamik und gesellschaftliche Modernisierungsblockaden in Chile". In: Messner, Dirk (Hrsg.): *Lateinamerika: Der schwierige Weg in die Weltwirtschaft, INEF Report* Nr. 26, S. 29-49.
- O'Donnell, Guillermo (1982): "Notas para el estudio de procesos de democratización política a partir del estado burocrático autoritario". In: *Desarrollo Económico* 22, S. 231-248.
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C. (1986): "Tentative Conclusions about Uncertain Democracies". In: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Laurence (Hrsg.): *Transitions from Authoritarian Rule. Prospects for Democracy*. Baltimore/London, Part IV.

- Puryear, Jeffrey M. (1994): *Thinking Politics. Intellectuals and Democracy in Chile, 1973-1988*. Baltimore/London.
- Smith, Brian H. (1982): *The Church and Politics in Chile*. Princeton.
- Thiery, Peter (2000): *Transformation in Chile. Institutioneller Wandel, Entwicklung und Demokratie 1973-1996*. Frankfurt/Main.
- Valenzuela, Arturo (1988): "The 1988-89 Plebiscite in Chile: Political Scenarios for the Future". In: Falcoff, Mark/Valenzuela, Arturo/Kaufman Purcell, Susan: *Chile: Prospects for Democracy*. New York, S. 29-55.
- (1989): "Origins, Consolidation, and Breakdown of a Democratic Regime". In: Diamond, Larry/Linz, Juan J./Lipset, Seymour Martin (Hrsg.): *Democracy in Developing Countries. Bd. IV: Latin America*. Boulder/London, S. 159-206.
- Valenzuela, J. Samuel/Valenzuela, Arturo (Hrsg.) (1986): *Military Rule in Chile. Dictatorship and Oppositions*. Baltimore/London.